# Taktieren mit AKW-Abfällen

*Bald wird die Standortauswahl für die Tiefenlager eingeengt. Kritische Beobachtung bleibt nötig. Es besteht eine gefährliche Fundamentalopposition.* ***Von Davide Scruzzi***

Wohin mit den radioaktiven Abfällen aus AKW, Medizin und Forschung? Der Fahrplan für die Suche nach einem Tiefenlagerstandort für schwach- und mittelaktive Abfälle sowie einem Standort für hochaktive Abfälle wurde 2014 wieder angepasst. Erst Ende des nächsten Jahrzehnts ist mit einem Parlamentsbeschluss und einem absehbaren Referendum zu rechnen. In anderen Bereichen wären so lange Fristen Indiz für staatliche Fehlplanungen. Beim Tiefenlager gilt es aber, mit anderen Ellen zu messen. Auch die für kommenden Freitag angekündigte Bekanntgabe der Einengung des Tiefenlager-Auswahl-Verfahrens ist da nur ein kleiner Schritt, der aber wieder Anlass für Störmanöver sein dürfte.

### *Scheidet der Wellenberg aus?*

Im Moment sind fünf Standortregionen im Rennen. In den Gebieten Jura Ost, Nördlich Lägern und Zürich Nordost wäre aus heutiger Sicht sowohl ein Lager für schwach- und mittelaktive Abfälle wie auch das Lager für hochaktive Abfälle möglich. Die Standorte Wellenberg, Jurasüdfuss und Südranden sind indes nur für schwach- und mittelaktive Abfälle denkbar. Gemäss den Vorgaben des Bundes muss die mit der Standortsuche beauftragte Nagra am Freitag dafür sorgen, dass für jede Abfallkategorie mindestens zwei Regionen im Verfahren verbleiben. In bisherigen Gutachten finden sich vage Anhaltspunkte, die für ein Ausscheiden des Wellenbergs sprechen. Dort ist auch der Widerstand aufgrund gescheiterter früherer Projekte am grössten. Die Nagra tut aber gut daran, ihre Entscheide allein auf wissenschaftlichen Fakten zu gründen. Ein voreiliges Nein zu einer Region würde die wissenschaftliche Glaubwürdigkeit der ganzen Evaluation schmälern. Möglich wäre es denn auch, alle Regionen im Verfahren zu belassen.

Das Verfahren ist ehrgeizig. Es widerspricht helvetischen Gepflogenheiten, weil die Regionen kein Vetorecht haben, sondern in Regionalkonferenzen nur zu einzelnen Aspekten wie den Aussenanlagen und den Kompensationsmassnahmen mitreden können und zudem eine Plattform für das Einbringen allgemeiner Vorbehalte erhalten. Grund für diese limitierte Mitsprache ist der Umstand, dass von einer Mehrheitsfähigkeit eines Lagers in der betroffenen Region nicht auszugehen ist. So hofft der Bund, mit Partizipationsverfahren die Ablehnung im Lokalen zu dämpfen, um nach Ende des ganzen Auswahlverfahrens und dem sicherheitstechnisch begründeten Entscheid für die Standorte ein Volks-Ja auf Bundesebene zu erleichtern.

Aller Skepsis zum Trotz ist dieses Vorgehen ein Erfolg. In allen Standortregionen ausser am Wellenberg haben die Regionalkonferenzen über die ihnen zugeteilten Aspekte beraten. In den Standortregionen ist beispielsweise basisdemokratisch schon einmal über die genaue Placierung allfälliger Aussenanlagen befunden worden, die immerhin die Dimension eines grossen Industriebetriebs hätten.

Als kritisches Gegengewicht zu den Planern der Nagra haben sich die Standortkantone etabliert, die eigene Fachleute eingestellt haben und zusätzliche geologische Abklärungen durchführen liessen. Ausserdem führen die Kantone selber Studien zur Frage nach den wirtschaftlichen Nachteilen eines Tiefenlagerstandorts durch. Dies hat zu mehrjährigen Verzögerungen geführt. Die ganze Evaluation gewinnt aber damit an Qualität, Akzeptanz und Glaubwürdigkeit. Tempo ist kein Ziel.

### *Internationalistischer SVP-Vorstoss*

Kritik hat also in diesem flexiblen Verfahren immer wieder Platz. Doch einige Akteure ziehen es vor, ausserhalb der zielorientierten Pfade Fundamentalopposition zu betreiben und Vorstösse einzureichen, mit der Absicht, das ganze Verfahren infrage zu stellen. Daran beteiligt sind keineswegs nur traditionelle AKW-Gegner. Auffällig ist ein Vorstoss des Nidwaldner SVP-Nationalrats Peter Keller, der vom Bundesrat die Suche nach einer Entsorgungsmöglichkeit im Ausland geprüft haben will, während die SVP in allen anderen Bereichen der Schweiz einen isolationistischen Kurs aufzudrängen sucht. In den Kantonen Ob- und Nidwalden glaubt man sich wegen vor Jahrzehnten erfolgter politischer Fehlplanungen rund um den Wellenberg im Recht, von einem Tiefenlager verschont zu werden. Auch die Schaffhauser Kantonsregierung und die Schaffhauser Abgeordneten in Bundesbern fühlen sich Bestimmungen in ihrer Kantonsverfassung mehr verpflichtet als den Bundesgesetzen, wenn sie gegen ein Tiefenlager in ihrem Kanton ankämpfen.

So wurden in den letzten Jahren Vorstösse eingereicht, um ein Vetorecht der Standortkantone einzuführen. Dass eine solche Standesinitiative 2013 im Nationalrat angenommen wurde und erst vom Ständerat abgeblockt worden ist, zeigt, wie das ganze Verfahren rasch an den Launen der Tagespolitik scheitern kann. Das darf aber nicht passieren. Auf allfällige technische Weiterentwicklungen bei der Behandlung von AKW-Abfällen zu spekulieren, wäre falsch. Zum jetzigen Entsorgungskonzept besteht keine realistische Alternative.

# Die Macht der Skrupellosen

*Ein Ende der Kämpfe im Osten der Ukraine ist in weite Ferne gerückt. Der Schlüssel für eine politische Lösung des blutigen Konflikts liegt in Moskau.* ***Von Cyrill Stieger***

Für die russische Führung sind die Politiker in Kiew, ganz in der sowjetischen Tradition, allesamt Faschisten. Präsident Putin behauptet gar, die ukrainische Armee sei eine Fremdenlegion der Nato. Im Dezember verkündete der Präsident, die Krim sei den Russen so heilig wie der Tempelberg in Jerusalem den Muslimen und Juden. Damit wird die völkerrechtswidrig annektierte Krim zu einem unantastbaren Ort von sakraler Bedeutung emporstilisiert. Der ukrainische Präsident Poroschenko bezeichnet die prorussischen Separatisten allesamt als Terroristen und stellt sie in eine Reihe mit islamistischen Extremisten. Putin beklagt die zivilen Opfer in Mariupol, während die von ihm unterstützten Separatisten die Stadt beschiessen. Der Westen wirkt immer ratloser, er hinkt den Ereignissen hinterher. Je länger sich der Konflikt hinzieht, desto mehr schwindet auch das Interesse. Von der Krim spricht bereits heute kaum mehr jemand.

### *Nichts als leere Worte*

Die gegenseitigen Schuldzuweisungen werden gehässiger, die Rhetorik der Konfliktparteien wird unversöhnlicher, immer mehr Zivilisten kommen ums Leben. Und dennoch betonen alle Seiten unermüdlich, sich an die Minsker Vereinbarung vom September zu halten. Diese ist inzwischen weitgehend Makulatur. Die Separatisten haben seither Geländegewinne erzielt. Für sie gilt deshalb die in Minsk vereinbarte Demarkationslinie nicht mehr, von der aus die schweren Waffen zurückgezogen werden müssten. Sie starteten jüngst sogar eine Offensive – nach ihren eigenen Angaben mit dem Ziel, das ganze Gebiet von Donezk unter Kontrolle zu bringen. Ohne Unterstützung und Rückendeckung aus Moskau wären solche militärischen Vorstösse nicht möglich, allein schon deshalb nicht, weil sie Auswirkungen auf die Beziehungen Moskaus mit dem Westen haben. Beim Berliner Aussenministertreffen in der letzten Woche erklärte sich Moskau einverstanden, die in Minsk vereinbarte Demarkationslinie anzuerkennen. Auch sollen die schweren Waffen aus einer Pufferzone abgezogen werden. Doch nur einen Tag später griffen die Separatisten Gebiete an, in denen es zuvor ruhig geblieben war. Und Moskau beschuldigte Kiew.

Im Donbass herrscht kein Bürgerkrieg. Der Konflikt ist nicht allein ein innerukrainisches Problem, und es sind nicht alle in gleicher Weise verantwortlich. Was im Donbass geschieht, ist ein Aggressionskrieg – wie zu Beginn der neunziger Jahre auf dem Balkan, als die Nationalisten in Serbien und in Kroatien unter Berufung auf angeblich historische Rechte versuchten, Bosnien aufzuteilen. Sie betrachteten die jugoslawische Teilrepublik als politische Konstruktion Titos, und die Muslime (Bosnjaken) waren für sie islamisierte Serben oder islamisierte Kroaten. Auch aus der Sicht der Moskauer Nationalisten ist die unabhängige Ukraine ein zufälliges Produkt des Zerfalls der Sowjetunion. Das ostslawische Land sei ein Teil der «russischen Welt» geblieben. Das trifft nicht zu. Die nationale Identität der Ukrainer ist gefestigt, der Zusammenhalt der Gesellschaft gestärkt. Das müssen auch jene zur Kenntnis nehmen, die der Ukraine das Recht auf Eigenstaatlichkeit absprechen und damit politische und territoriale Begehrlichkeiten legitimieren.

### *Putin am längeren Hebel*

Das Kiewer Parlament verabschiedete im September, in Übereinstimmung mit dem Minsker Abkommen, ein Gesetz über eine partielle Autonomie für den Donbass. Unklar blieb allerdings die Abgrenzung des Territoriums, für das der Sonderstatus gelten soll. Doch von einer politischen Lösung ist man heute weit entfernt. Kiew scheint auf eine militärische Lösung zu setzen. Poroschenko erklärte kürzlich pathetisch, er werde keinen Quadratzentimeter ukrainischer Erde aufgeben. Es ist verständlich, wenn Kiew nicht hinnimmt, dass sich Moskau in Verletzung der bestehenden Grenzen ukrainisches Territorium einverleibt hat und bei der Abspaltung des Donbass behilflich ist. Doch kann die Ukraine den Krieg, trotz markiger Rhetorik und Aufrüstungsprogrammen, nicht gewinnen. Putin ist vorläufig noch immer am längeren Hebel. Er wird eine Niederlage der Separatisten nicht zulassen. Der Krieg zehrt an der Substanz der Ukraine und verschlingt Geldmittel, die für den demokratischen Umbau des Staates dringend benötigt würden.

Niemand weiss, welche Ziele Putin wirklich verfolgt und wie weit er gehen will. Moskau zahlt schon jetzt einen Preis. Eine Lösung des Konflikts ist ohne Putin nicht möglich, wie auch der mehr als dreijährige Krieg in Bosnien ohne den serbischen Machthaber – und Brandstifter – Milosevic nicht hätte beendet werden können. Die bosnischen Serben hatten mit ihrem skrupellosen Vorgehen im Krieg ihr Ziel – eine eigene Serbische Republik in Bosnien – erreicht. Vieles deutet darauf hin, dass es auch den prorussischen Separatisten mit Unterstützung Moskaus gelingen wird, die von ihnen gehaltenen oder beanspruchten Gebiete der Kontrolle der ukrainischen Regierung auf Dauer zu entziehen.

# Stadtquartiere statt Siedlungsteppiche

*«Die Römer bauten Städte, der Alemanne dagegen pflegte seinen Hof», heisst es. Soll der Boden effizient genutzt werden und soll bauliche Dichte auf eine menschenfreundliche Weise realisiert werden, so müssen wir uns in der Deutschschweiz von der Tradition ländlicher Siedlungsformen lösen.* ***Von Marc Jordi***

Im schweizerischen Mittelland wird über Dichtestress geklagt, auch wenn man im internationalen Vergleich noch nicht von einem wirklich dichten Ballungsraum sprechen kann. Im Ländervergleich ist die Schweiz sogar weniger dicht besiedelt als Deutschland. Nur ist der nüchterne Vergleich das eine, und die Wahrnehmung der Bevölkerung, die überfüllte Züge und Strassen im Mittelland beklagt, ist das andere. So heisst die Lösung: weg von den Pendlerströmen hin zu Wohnen, Arbeiten und Freizeit an einem Ort – dem Stadtquartier.

### *Verschwindende Nischen*

In der Fachpresse der Architekten werden jedoch unter der Überschrift «Urbanität» meist Hochhausprojekte angeführt, die nur dadurch auffallen, dass sie ihr Umfeld überragen und als Landmarken Internationalität versprechen sollen. Doch wird in diesen Neubaugebieten jemals ein Stadtquartier entstehen können? Mit wenigen Ausnahmen, zu denen vielleicht das etwas sterile neue Quartier am Rapidplatz in Dietikon gehört, meist nicht. Es sind einmal mehr Gemenge von Siedlungen entstanden, die im besten Fall von einer intellektualisierten Ästhetik der Agglomerationsräume zeugen. Der grosszügige, etwas chaotische, aber anregende Zwischenraum mit verwunschenen Pflanzgärten und allerlei Nischen ist durch den Druck der Vermarktung zum reinen Funktions- und Abstandsraum geschrumpft. Die logische Konsequenz, die aus der zunehmenden Dichte resultieren würde, nämlich die Annäherung an geschlossene Bauweisen und die Schaffung von Höfen mit Aufenthaltsqualität statt von blossen Abstandsflächen, in denen sich der zunehmende Verkehrslärm verfängt, blieb bisher aus.

Die urbane Mischung und städtische Atmosphäre mit Läden und Cafés im Erdgeschoss und ruhigen Höfen ist heute nicht mehr umsetzbar – zumindest legt das die normative Kraft des Faktischen nahe. Dabei könnte die Schweiz sehr wohl an ihre unversehrten, in ihrer Grundstruktur meist noch mittelalterlichen Städte anknüpfen. Auch diese waren nicht von Anfang an baulich so dicht wie heute. Oft befanden sich hinter den Stadtmauern Gärten und Bauten. Erst die zunehmende Verdichtung, bedingt durch Bevölkerungszunahme und Begrenzung, liess die Kernstadt zu dem werden, was wir heute schätzen. Geschlossene Strassenzüge mit Häusern unterschiedlichster Epochen und schlichter oder reich verzierter Architektur sind reizvoll und sprechen auch moderne Menschen mit ausgeprägtem Sinn für Individualität an.

Doch nicht nur die Altstädte, sondern auch neuere Stadtquartiere weisen diese Vielfalt in der Einheit auf. Man denke zum Beispiel an das Stadtquartier Matthäus in Kleinbasel. Mit im Schnitt nur vier Geschossen und überschaubaren Parzellengrössen weist es eine der höchsten Bevölkerungsdichten in der Schweiz auf. Das liegt auch an einer kleinteiligen Struktur der Wohnungen im ehemaligen Arbeiterviertel, in dem heute rund die Hälfte der Bewohner Migrationshintergrund hat. Im Matthäus-Quartier finden sich unterschiedliche Architekturen und Wohnraum für jedes Budget. Derartige Wohnstrukturen genauer zu untersuchen und sie mit heutigen Modellen für Lebensgemeinschaften unterschiedlichster Grösse und Art zu verbinden, wäre die bessere Antwort auf die baulichen Herausforderungen der heutigen Schweiz, als einmal mehr einer kaufkräftigen Kundschaft im 18. Stock freistehende Badewannen mit Panoramablick anzubieten.

Könnte das dichte, aber doch baulich nicht zu vielgeschossige Stadtquartier in Basel ein Vorbild gegen ausufernde Zersiedlung und für hohe qualitätsvolle Verdichtung in der Agglomeration sein?

### *Anreize, nicht Verbote*

Dafür wären mehrere Voraussetzungen zu schaffen: Der Entwicklung planerischer Instrumente hätten der konsequente Verzicht auf weitere Baulanderschliessungen ausserhalb des Siedlungsgebiets und ein besserer Schutz des ländlichen Kulturraumes vorauszugehen. Die jüngste, in Umsetzung befindliche Revision des Raumplanungsgesetzes schafft die Voraussetzungen dafür. Zudem wären die Zonenpläne mit einem Werkzeug für die Raumgestaltung zu ergänzen, das die tatsächlich erlebbaren übergeordneten Stadt- und Landschaftsräume aus der Fussgängerperspektive mitberücksichtigt und nicht bloss auf abstrakte Weise Flächen bestimmten Nutzungen zuordnet.

Die neusten digitalen Planungsinstrumente liefern Möglichkeiten, Pläne, Luftbilder und visuelle Standpunkte miteinander zu verknüpfen. Grundprinzip der Regulation sollten Anreize sein und nicht Verbote. Eine zu weitgehende Planung «von oben» wird ohnehin am Föderalismus scheitern, und dieser ist nicht etwa eine Gefahr, sondern eine Chance für einen vielfältigen Städtebau.

Die Gemeinden könnten Rahmenpläne erstellen, die aufzeigen, wie sich aus offenen Bebauungen langfristig geschlossene Stadtquartiere entwickeln lassen, mit anderen Worten: wie eine bauliche Verdichtung mit Mischnutzungen entstehen kann. Die Grundeigentümer dürften erwarten, dass ihr Bauland langfristig an Wert gewinnt, weil entlang der Strassen Haus an Haus gebaut werden kann. Zugleich liessen sich durch Ungleichzeitigkeit und Verschiedenheit der Baumassnahmen individuelle Ausprägungen und Charaktere der Quartiere akzentuieren. Ziel dieses Vorgehens müsste es sein, jene Urbanisierung anzustreben, die wir in unseren Innenstädten schätzen.

In diesem Sinne wäre die stadthistorische Aussage «Die Römer bauten Städte, der Alemanne dagegen pflegte seinen Hof» zu korrigieren. Ein Blick auf die Bebauungsstruktur der lateinisch geprägten Kantone zeigt, dass Urbanität manchmal auch auf kleinstem Raum und an überraschenden Orten entstanden ist. Auch davon können wir Deutschschweizer für die zukünftige Gestalt unserer Heimat lernen.

**Marc Jordi** ist Städtebauer, Architekt und Bildhauer in Berlin und beobachtet als Schweizer die hiesige Raumentwicklung seit 20 Jahren.